

Inhaltsverzeichnis

1. Handelsverband Deutschland	
2. Amazon	
3. Karsten Wildberger	
4. Marie-Luise Dött	
5. Seitenwechsel	
6. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	
7. EuroCommerce	
8. Institut der deutschen Wirtschaft	
9. Wirtschaftsforum der SPD	
10. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
11. Wirtschaftsrat der CDU	
12. Bundesverband der Deutschen Industrie	
13. Deutscher Industrie- und Handelskammertag	

Handelsverband Deutschland

Der **Handelsverband Deutschland (HDE)** ist der Spitzenverband des deutschen Einzelhandels. Er vertritt vor allem die Interessen der größten Handelsketten wie **Aldi**, **Edeka** und **Lidl**, aber auch Online-Riesen wie **Amazon**, **Ebay**, und **Paypal**.

Als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband vertritt er die Interessen seiner Mitglieder in Deutschland und der Europäischen Union. Der Einzelhandel ist einer der drei größten Wirtschaftszweige in Deutschland.

Mit zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der EU und Bundesrepublik übt der Verband großen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus.

Karsten Wildberger, seit dem 6. Mai 2025 Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, war zuvor Vizepräsident des HDE.

Handelsverband Deutschland



Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Einzelhandel
h	
Gründungsdatum	März 1919
m	
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	85 Avenue des Nerviens, B-1040 Brüssel
Webadresse	https://einzelhandel.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Zahlen und Fakten	3
1.2 Mitgliedschaften	3
2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	4
2.2 2014: Bezahlpflicht von Plastiktüten	5
3 Geschichte	5
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	6
5 Weiterführende Informationen	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
7 Einzelnachweise	6

Lobbystrategien und Einfluss

Der HDE pflegt enge Beziehungen in die deutsche Politik. So saßen während ihrer Amtszeit die beiden Bundestagsabgeordneten **Hans Michelbach** und **Marie-Luise Dött** im Präsidium des HDE.^[1] Auch der stellvertretende Geschäftsführer **Stephan Tromp** saß vor seiner Beschäftigung beim HDE für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus (**Seitenwechsel**).

Regelmäßig veranstaltet der HDE den Branchenkongress in Berlin oder Europa-Dinner in Brüssel. Über solche Formate wird die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern gewährleistet. ^[2]



Zahlen und Fakten

Bundesrepublik Deutschland

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 21 bis 30
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21)
7.230.001 bis 7.240.000 Euro ^[3]

Europäische Union

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 3,75 (Vollzeitäquivalente)
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21):
400,000€- 499,999€ ^[4]

Mitgliedschaften

- [BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#)
- [EuroCommerce](#)
- Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung e.V. (KWB)
- [Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e.V.
- Zentralstelle f. Berufsbildung im Einzelhandel e.V.
- EHI Retail Institute
- ICC Germany e. V. Internationale Handelskammer
- Europäische Bewegung Deutschland e.V.
- Initiative D21 e. V.
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V.
- Wissensnetzwerk Stadt und Handel e.V.
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.](#)
- Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
- Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V.
- National Retail Federation USA

- Nürnberger Institut für Marktentscheidungen e.V.
- The Consumer Goods Forum Frankreich
- Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.
- IFH Köln GmbH
- Bundesvereinigung der Musikveranstalter e.V. (BVMV)
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Das Demographie Netzwerk e.V. (ddn)
- urbanicom Deutscher Verein für Stadtentwicklung und Handel e.V.
- Studienvereinigung Kartellrecht e.V.

Fallbeispiele und Kritik

2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Der HDE bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards .

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten Schäden mitverursachen.^[5] Der HDE versuchte u.a. diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern.^[6] Das kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[7] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“. Das sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[7]

Die Lobbyarbeit des HDE bestand u.a. in einer konzertierten Briefaktion^[8] des Wirtschaftsflügels der CDU /CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Gesetzentwurfs aufforderten. Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem Bericht von Misereor^[9] nicht überraschend, wenn man sich die „*personellen Überschneidungen*“ vergegenwärtigte. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand, **Hans Michelbach** und **Marie-Luise Dött**, beide Mitglieder im Präsidium des Handelsverband Deutschland (HDE) ([Seitenwechsel](#))

Zudem konnte der Verband auch am 12. Februar 2021 in einem persönlichen Gespräch mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Forderungen darlegen.^[10] Laut einem weiteren NGO-Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[11] Die *Initiative Lieferkettengesetz* hatte Altmaier daraufhin eine blockierende Rolle beim deutschen Gesetzgebungsprozess zugesprochen.^[12]

Laut einem Bericht der Tagesschau erzielte das Bemühen der Wirtschaftsverbände Erfolg.^[13] So war der HDE gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden daran beteiligt gewesen das deutsche Lieferkettengesetz von einem ambitionierten Referentenentwurf hin zu einem weniger weitreichenden Kompromiss abzuschwächen. Dieser Kompromiss unterlaufe laut einem Appell von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen „*geltende Menschenrechtsstandards der UNO und der OECD*“.^[14]

Nichtsdestotrotz forderte der HDE in einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) mit dem BDA, BDI und dem DIHK ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde auch damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[15]

- **Europäisches Lieferkettengesetz**

Der Handelsverband hatte die Forderung an die Bundesregierung gestellt, sich auf EU-Ebene für eine Regulierung einzusetzen, die eine „*Blaupause [des] nationale[n] Gesetz darstellt und keine weitergehenden Anforderungen an die Unternehmen festschreibt*“.^[16] Den Europäischen Entwurf kritisierte der Handelsverband Deutschland (HDE) als für Unternehmen nicht umsetzbar.^[17] Zu selben Zeit forderte UNICEF hingegen, dass Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[18] Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen sollen zeigen, dass diese Forderung von der Scholz-Regierung gehört und auf EU Ebene vertreten wurden. So forderte die deutsche Bundesregierung u.a. eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[19]

2014: Bezahlpflicht von Plastiktüten

Der HDE hatte sich 2014 gegen Vorschläge der EU-Kommission gestellt, wonach Mitgliedsstaaten besonders dünne und leichte Tüten mit einer Bezahlpflicht versehen oder gar verbieten könnten.^[20] Auch die deutsche Position Plastiktüten ab Januar 2022 zu verbieten hatte der Verband als *"reine Symbolpolitik"* kritisiert.^[21]

Geschichte

Seit März 1919 ist der HDE die Interessenvertretung des deutschen Einzelhandels. Er wurde von Einzelhandelsverbänden als Dachorganisation gegründet, um diesen in der Politik Gehör zu verschaffen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Verband in Köln neugegründet, und vertrat die Interessen des Einzelhandels über vier Jahrzehnte in der Bonner Republik. Nach der Wiedervereinigung kehrte er im Jahr 2000 nach Berlin zurück.^[22]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Präsidium einzelhandel.de](#), abgerufen am 07.11.2022
2. ↑ [Lobbyplanet \(2015\) S. 110](#)
3. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag .bundestag.de](#), abgerufen am 07.11.2022
4. ↑ [Handelsverband Deutschlandlobbyfacts.eu](#), abgerufen am 07.11.2022
5. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), [bmz.de](#), abgerufen am 22.09.20.22
6. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) [ehdv.de](#) vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
7. ↑ ^{7,07,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
8. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) vom 25.03.2021, abgerufen am 07.11.2022
9. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S. 6, [misereor.de](#), April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S.3, [misereor.de](#), April 2021, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022.](#) [globalpolicy.org](#), abgerufen am 07.11.2022
12. ↑ [Merkel und Altmaier stoppen Vorstoß für Lieferkettengesetz – Menschenrechte und Umweltschutz können nicht länger warten](#) <https://lieferkettengesetz.de/vom> 10.03.2022, abgerufen am 07.11.2022
13. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tagesschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [Vieles nicht "berücksichtigt" Scharfe Kritik an Lieferkettengesetz](#) [n-tv.de](#) vom 03.03.2021, abgerufen am 07.11.2022
15. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S. 6, [misereor.de](#), April 2021, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [Lieferkettengesetz: HDE fordert umfassende Korrekturen am Gesetzesentwurf](#) [einzelhandel.de](#) vom 03.03.2021, abgerufen am 07.11.2022
17. ↑ [HDE meckert übers Lieferkettengesetz](#) [boersenblatt.de](#) vom 24.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) [unicef.de](#) vom 25.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
19. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) [wdr.de](#) vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
20. ↑ [Kunden sollten für Plastiktüten bezahlen](#) [rp-online.de](#) vom 24.02.2014, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ [HDE kritisiert Verbot von Plastiktüten](#) [handelsjournal.de](#), abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ [Historie](#) [einzelhandel.de](#), abgerufen am 07.11.2022

Amazon

Amazon ist der weltweit größte Internethändler. Das Unternehmen ist bekannt für seine Steuervermeidungstricks und schlechten Arbeitsbedingungen. Außerdem wird Amazon vorgeworfen, seine überragende Marktstellung zu missbrauchen. In Washington und Brüssel betreibt Amazon intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Gesetzgebung zum EU-Datenschutz wurde der Konzern aktiv. Um Steuern zu sparen lässt Amazon 75 Prozent seiner Geschäfte außerhalb der USA über Tochterunternehmen in Luxemburg laufen.^[1]

Amazon.com Inc.	
Branche	Versandhandel
Hauptsitz	Seattle, Washington
Lobbybüro Deutschland	Marcel-Breuer-Str. 12, 80807 München
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 27, 1040 Brüssel
Webadresse	www.amazon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	7
1.1 Lobbyarbeit in Brüssel ^[3]	8
1.2 Lobbyarbeit in den USA	9
1.3 Lobbyarbeit in Deutschland	10
2 Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	11
2.1 USA	11
2.2 EU	12
2.3 Deutschland	12
3 Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	12
4 Fallbeispiele und Kritik	13
4.1 2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying	13
4.2 2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA	14
4.3 Big-Brother-Award 2018	14
4.4 2014-2016: Amazon an deutschen Schulen	14
4.5 2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	14
5 Kurzdarstellung und Geschichte	15
6 Weiterführende Informationen	15
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
8 Einzelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

Hier interaktive Karte zu Big-Tech-Lobbystrukturen und Verbindungen ^[2]

Amazon hat eigene Lobbybüros in den für Amazon wichtigen Machtzentren, wie Brüssel und Washington. Amazon ist Mitglied in diversen Verbänden und betreibt dadurch indirekt - in Kooperation mit anderen Unternehmen - Lobbyarbeit. Das Unternehmen ist unter anderem Mitglied bei **BITKOM**, einem Digitalverband mit guten Beziehungen zum **Bundeskanzleramt** und dem **Bundeswirtschaftsministerium**. Auf EU-Ebene ist Amazon zudem Mitglied bei **DIGITALEUROPE**, dem wichtigsten Verband der globalen IT-Branche in der EU. In den USA beauftragt Amazon Lobbyfirmen, die das Unternehmen bei speziellen Angelegenheiten vertreten.

Lobbyarbeit in Brüssel^[3]

Amazon Europe Core SARL gibt im Transparenzregister an, in Brüssel 8 Lobbyist:innen zu beschäftigen. 9 Interessenvertreter:innen haben einen Hausausweis für das [Europäische Parlament](#).

Ein zentraler Ansprechpartner für Amazon war seit 2018 der EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton zu den Verhandlungen zum [Digital Service Act \(DSA\)](#) und zum [Digital Markets Act \(DMA\)](#). Darin plante die EU-Kommission zum einen den Umgang mit Hassnachrichten, Falschinformationen und Betrug auf digitalen Plattformen zu regulieren.

Zum anderen möchte sie Wettbewerbsregeln für marktmächtige Plattformen (sogenannte Gatekeeper) aufstellen. Als so ein Gatekeeper lobbyiert Amazon mit anderen Digitalkonzernen gegen die Entwürfe. Ende 2020 traf Amazon den EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton mit 16 weiteren Spitzenlobbyisten, darunter Twitter, Google, TikTok und Microsoft. Auch mit Kabinettszugehörigen der Kommissions-Präsidentin Von der Leyen traf sich Amazon 2022 zweimal zum Digital Service Act.

Darüber hinaus haben sich Amazon-Lobbyist:innen vermehrt mit Kommissar:innen unterschiedlicher Bereiche getroffen. Solche Treffen gab es zwischen 1/2020 und 5/2023 19 Mal.

Neben eigenen Lobbyist:innen machen vor allem Verbände, in denen Amazon Mitglied ist, Lobbyarbeit für Amazon.

In der Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Amazon seine Lobbyarbeit bis 2021 gesteigert hat, 2022 sanken sie laut Amazon wieder leicht.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2022	2,750,000€ - 2,999,999€
2021	3,000,000€ - 3,499,999€
2020	2,750,000€ - 2,999,999€
2019	1,750,000€ - 2,000,000€
2018	1,750,000€ - 2,000,000€
2017	1,750,000€ - 2,000,000€
2016	1,750,000€ - 2,000,000€
2015	1,500,000€ - 1,750,000€
2014	600,000€ - 700,000€

Quelle: LobbyFacts^[3]

Amazon Europe Core SARL ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[4]

- [Bruegel](#)
- [Computer and Communications Industry Association \(CCIA\)](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [E Commerce Europe](#)
- [EuroCommerce](#)
- [DOT - Digital Online Tech](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [EuroISPA Asb \(European Internet Services Providers Associations\)](#)
- [European Internet Forum \(EIF\)](#)
- [European Payment Institutions Federation EPIF](#)
- [Fedil](#)

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Amazon (nur amazon.com) im Jahr 2023 neunzehn weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen zu beeinflussen. Dazu gehören Themen wie Steuerreformen, Datenschutz oder Internetsicherheit.^[5]

Eine Investigativ-Recherche von Reuters (11/2021)^[6] zeigte auf, dass Amazon durch die Lobbyarbeit eines Teams aus 250 Mitarbeiter:innen mehr als 3 Dutzend Gesetzesentwürfe zu Datenschutz in 25 Bundesstaaten schwächte oder zunichte machte. Ziel war es, Regelungen über Sprachaufnahmen aus dem Gesetzestexten auszuschließen, sodass der Vertrieb der sprachgesteuerten Assistenz ‚Alexa‘ gewährleistet war. Dadurch konnte Amazon eine große Mengen sensibler Daten seiner US-amerikanischen Kund:innen weiter sammeln. Amazon ließ Handelsgruppen, die Amazon selbst finanzierte, als Gegner der Gesetze auftreten. Offiziell nahm der Konzern so nie Stellung zu den Gesetzen, um dem eigenen Image nicht zu schaden.

Zentral für die Erfolge Amazons war Jay Carney, ehemaliger Pressesprecher im Weißen Haus, der die Kampagne leitete. Dafür baute Carney und sein Team eine riesige Datenbank auf, in der Lobbykontakte zu Politiker:innen verwaltet wurden. So konnte genau geschaut werden, welche Politiker:innen wichtig für die Gesetzesgebung waren und welche Lobbyleistungen sie bereits erhalten haben. „Amazon launched a “watering the flowers” program to cultivate a “well-tended garden” of VIPs (Very Important Policymakers) through carefully tracked political donations, meetings and Amazon site tours.“^[6]

Verbraucherschützer:innen bezeichneten eines der verwässerten Gesetze in Washington als Schweizer Käse. Ein Gesetz, welches die Verbraucher:innen im Schein lässt etwas für deren Datenschutz zu tun, ohne jedoch wirklich wirksam zu sein.

Nach Recherchen des Journalisten Alex MacGillis lobbyierte Amazon gegen die Umsatzsteuer, die das Unternehmen bei einem Großteil der Verkäufe von Drittanbietern noch immer nicht berechnete, gegen die Regulierung von Drohnen, von denen es hoffte, sie zum Ausliefern von Paketen einzusetzen und gegen jede Bemühung, das Unternehmen von den US-Kartellbehörden prüfen zu lassen.^[7] Amazon lobbyierte weiterhin, um bei der amerikanischen Post die vergünstigten Zustellpreise zu behalten. Die Lobbytätigkeit betraf auch die Auftragsvergabe der Regierung, weil das Unternehmen hoffte, zentrale Anlaufstation bei allen Anschaffungen des Bundes zu werden.

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Amazon ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben vervielfacht. Die Darstellung des Lobbyregisters in Quartalen zeigt, dass im ersten Quartal 2023 ein Wert von US\$ 4,630,000 erreicht wurde.^[8]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2022	21,38 Millionen
2021	19,32 Millionen
2020	17,86 Millionen
2019	16,14 Millionen
2018	14,19 Millionen
2017	12,84 Millionen
2016	11,02 Millionen
2015	9,07 Millionen
2014	4,74 Millionen
2013	3,45 Millionen
2012	2,50 Millionen

Quelle: opensecrets.com^[9]

Lobbyarbeit in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt Amazon Deutschland Services GmbH an, (Stand: 02.06.2023):

- im Jahr 2021 1,18 Mio. bis 1,19 Mio. € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 11 bis 20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung zu beschäftigen, wobei 18 namentlich genannt werden ([zum Registereintrag](#)).

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Amazon ist ein stetig wachsender und seine Geschäftsfelder erweiternder Konzern. Die Corona-Krise hat der Expansion einen zusätzlichen Schub gegeben. Nach der Pandemie schwächte sich der Umsatz wieder etwas ab. 2022 wies Amazon eine Steigerung des weltweiten Umsatzes von 9,4% auf 514 Milliarden Dollar auf, der Nettogewinn sank nach dem Pandemiejahr 2021 (33,4 Mrd. Dollar) auf einen Netto-Verlust von 2,7 Mrd. Dollar.^[10] Umsatztreiber waren neben den Cloud-Services (AWS) vor allem das Marktplatz-, Prime- und Werbegeschäft.

In Deutschland lag der Umsatz 2022 bei ca. 31 Mrd. Euro.^[10] Beim Online-Handel in Deutschland gehen 2022 auf Amazon 56% der gesamten Umsätze aus dem Onlinehandel zurück.^[11] Die wachsende Macht der Digitalkonzerne und ihr Aufstieg zu den größten Lobbyakteuren hat zu Debatten um eine Vielzahl kontroverser Themen geführt: die Macht der Internetplattformen als Gatekeeper, die Beeinflussung von Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten, der Umgang mit Hassrede und Fake News, die Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Digitalsteuern, etc.^[12] Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Überzeugung, dass die Bestreitbarkeit von Machtpositionen in der Digitalwirtschaft dauerhaft gewährleistet bleiben, ihre Ausnutzung zur Behinderung von Innovation und Wettbewerb unterbunden sowie eine machtbedingte Erstreckung auf weitere Märkte verhindert werden muss.^[13] Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Konzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Amazon in den USA die Lobby-Ausgaben 2020 um 9,6 % erhöht.^[14] In Brüssel haben sich die Lobbyausgaben von 2019 auf 2020 stark erhöht und pendeln seitdem auf hohem Level.^[3]

USA

Das Abgeordnetenhaus im amerikanischen Kongress hat am 11. Juni 2021 fünf Gesetzesentwürfe vorgelegt, die es erleichtern könnten, die Internetkonzerne zu zerschlagen und ihnen den Verkauf bestimmter Produkte zu verbieten.^[15] Zugleich sieht sich Amazon kartellrechtlichen Ermittlungen der Federal Trade Commission ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von New York hat am 25. Mai 2021 Klage gegen Amazon wegen des Missbrauchs seiner überragenden Marktstellung eingereicht.^[16] Amazon verbiete unabhängigen Händlern, ihre Waren auf alternativen Plattformen zu günstigeren Preisen anzubieten und verlange eine Gebühr, die bis zu 40 % des Preises betrage.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[17] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[18][19]}

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im Juli 2022 stuft das Bundeskartellamt Amazon als Unternehmen mit "überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb" ein, wogegen der Konzern vor dem Bundesgerichtshof klagt.^[20]

LobbyControl setzt sich beim Bundeskartellamt dafür ein, dass es seine neuen Möglichkeiten nutzt, um die Macht von Amazon zu zerschlagen.^[21] Diese Forderung basiert auf einem [Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Kim Manuel Künstler: Amazon entflechten? November 2023](#), das zu dem Schluss kommt, dass Entflechtungsmaßnahmen nicht nur rechtlich möglich, sondern auch nötig sind, um die Monopolmacht des Konzerns zu begrenzen und Schaden von der Demokratie abzuwenden.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Amazon hat in den Jahren 2009-2018 knapp 26,5 Mrd. Dollar Gewinn gemacht, aber nur rund 791 Millionen an Steuern gezahlt.^{[22][23]} 2018 soll Amazon auf einen Gewinn von 11,2 Mrd. Dollar sogar eine Steuergutschrift von 129 Mio. Dollar erhalten haben. Die EU-Kommission hat gegen Amazon ein Verfahren wegen der Gewährung unfairer Steuervorteile über ein Steuerkonstrukt in Luxemburg eingeleitet, über dessen Berechtigung das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai 2021 entschieden hat.^[24] Das Gericht bekräftigte zwar, dass die Kommission derartige Arrangements in Frage stellen dürfe, bemängelte aber, diese habe mit ihrer Methodik nicht nachgewiesen, dass die Steuerlast tatsächlich künstlich verringert worden sei. Der Europaabgeordnete Sven Giengold (Grüne) forderte darauf hin strengere Wettbewerbsregeln, die staatlichen Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen enge Grenzen setzen. Vor diesem Hintergrund soll die internationale Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Im Rahmen der OECD haben sich 137 Staaten auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[25] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte

vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten.

Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[26] Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen. Nach einer Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.^[27] Der Bundesrat hat am 15. 12. 2023 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. 11. 2023 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gewährung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen zuzustimmen.^[28]

Kurz nach OECD-Beschluss wurden Befürchtungen der US-Finanzministerin Janet Yellen veröffentlicht, laut denen Amazon von den Regelungen zu Steuerzahlung in den Marktstaaten nicht betroffen sein könnte.^[29] Der Konzern sein demnach als ganzes, vor allem wegen seiner Onlinehandelsparte nicht profitabel genug, weise also eine zu geringe Gewinnmarge auf, um unter die Regelung zu fallen. Insidern zufolge könnte es eine Sonderregelung geben, die eben diese Fälle abdeckt, indem sie einzelne Sparten der Unternehmen betrachtet, die sowohl einen Gesamtumsatz von 20 Mio. US-Dollar als auch eine Gewinnmarge von 10% aufweisen. Überlegungen sind auch, die Umsatz-Kennzahl von 20 Mio. auf 10 Mio. US-Dollar zu senken.^[30]

Fallbeispiele und Kritik

2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying

LobbyControl kritisierte im November 2022 die millionenschwere Imagekampagne von Amazon, mit welcher der Konzern auf die anhaltende Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen in den Versandzentren reagierte. Insgesamt 8,1 Mio. € (Bruttowerbekosten) flossen demnach in Werbung, die 2021 in Zeitungen in Deutschland geschaltet wurden. Diese Ausgaben übersteigen das Budget, das Amazon im deutschen Lobbyregister für direkte Lobbyarbeit angibt, denn die Ausgaben für Imagekampagnen werden hierbei nicht erfasst.^[31]

Recherchen von Correctiv ergaben zudem, dass die in der Werbung enthaltenen Botschaften ein „stark verzerrtes Bild der Realität“ vermitteln, denn die tatsächlichen Arbeitsbedingungen würden sich, anders als in den Kampagnen inszeniert, durch „Druck, Kontrolle und extreme Belastung“ kennzeichnen.^[32] Mit dem Ziel dieser Kampagnen, langfristig die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen und mit einem positiv erzeugtem Image von einem politischen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen abzulenken, sind diese Kampagnen durchaus Teil der Lobbystrategie des Konzerns, wie LobbyControl kritisiert. Es handelt sich dabei um erweiterte Lobbyarbeit (auch **deep lobbying** genannt), für die, wie das Beispiel der Imagekampagne von Amazon zeigt, verbesserte Transparenzregeln notwendig sind.^[33]

2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA

Im September 2021 gab Amazon in einer [Mitteilung](#) bekannt, dass sich der Konzern mit Lobbyarbeit für eine flächendeckende Legalisierung von Cannabis in den USA einsetzt. Amazon unterstütze dabei vor allem zwei Gesetzesentwürfe, die neben einer Legalisierung auch die Rehabilitation bisher verurteilter Straftäter befürworten. Mit einer flächendeckenden Legalisierung würde sich Amazon als Versandhändler ein weites Vertriebsfeld eröffnen. ^[34]

Big-Brother-Award 2018

Für den Sprachassistenten Alexa erhielt Amazon im Jahr 2018 den „Big-Brother-Award“ in der Kategorie Verbraucherschutz. ^[35]

2014-2016: Amazon an deutschen Schulen

Mit dem Schulwettbewerb „Lesen macht Spaß“ hat Amazon, unter dem Vorbehalt der Förderung von Lese- und Schreibkompetenzen, Lobbyarbeit an deutschen Schulen betrieben. Der Wettbewerb fand von Dezember 2014 bis Februar 2015 statt. Dies geschah im Umkreis aller deutschen Logistik- und Kundendienststandorte des Konzerns. Mehr als 200 Grundschulklassen haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Als Siegprämie wurden E-Book-Reader und Gutscheine für das Herunterladen von E-Books spendiert. Aber nicht nur die Gewinner erhielten eine Prämie. Jede teilnehmende Klasse hat einen Amazon-Gutschein im Wert von 50€ erhalten. Durch diesen Schulwettbewerb konnte Amazon unkritische Berichte in den Lokalzeitungen der verschiedenen Städte verbuchen. Viele Bürgermeister der Städte äußerten sich in Zeitungsartikeln durchweg positiv, und die Kritik an dem Konzern bezogen auf schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht rückte in den Hintergrund.

Dieser Schulwettbewerb blieb jedoch nicht der einzige. Bereits ein Jahr später, 2016, wurde diese Form des Lobbyismus unter einem neuen Namen bundesweit im Umfeld der Logistikzentren weitergeführt. Mit „Kindle Storyteller Kids“ sollte auch hier wieder die Lese- und Schreibkompetenz der Schüler gefördert werden, indem sie Geschichten schreiben. ^[36] Das Bundesland Hessen hat darauf reagiert und den Wettbewerb verboten. Diesem Beispiel folgten auch die Schulministerien der Bundesländer in NRW und Baden-Württemberg. Auch Bayern und Rheinland-Pfalz stufen den Wettbewerb als kritisch ein. Lediglich das Schulministerium in Sachsen hält den Wettbewerb für unproblematisch, solange es keine reinen Hinweise auf die kommerzielle Nutzung gibt. ^[37]

2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Von besonderer Bedeutung war die Lobbyarbeit im Jahr 2013. Amazon war einer der treibenden Kräfte in der „Lobby Schlacht“, als über die Gesetzestexte der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhandelt wurde. Der Konzern hat versucht, Europa-Abgeordnete davon zu überzeugen, hunderte von Änderungsanträgen im Interesse von Amazon einzubringen. ^[38] Durch das Webportal LobbyPlag ^[39] hat sich herausgestellt, dass Änderungsanträge und Passagen, die von Amazon eingebracht wurden, teilweise wortwörtlich von den Abgeordneten des Europa Parlaments übernommen wurden. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Streichung des Artikel 7 Absatz 4 der DSGVO, die Amazon in ihrem Lobby-Papier eingebracht hat. Durch die Streichung können Unternehmen Daten verarbeiten, die sie durch ihre Überlegenheit erlangt haben. Dadurch gilt eine Einwilligung zur Datenverarbeitung, auch wenn keine Möglichkeit bestand die Zustimmung zu verweigern. ^[40]

Kurzdarstellung und Geschichte

Amazon wurde 1994 als Online-Buchhandel in Seattle gegründet. Über die Jahre entwickelte sich die Plattform zu einem der führenden e-Commerce Anbieter und weitet seine Marktmacht auch über andere Bereiche aus. Zu den wichtigsten Geschäftsbereichen gehört die Cloudsparte Amazon Web Services, die von Netflix, Facebook und Zoom genutzt wird, sowie der Logistik- und Versanddienst Amazon Logistics. Seit 2016 vertreibt Amazon zudem den Amazon Echo, einen sprachgesteuerten persönlichen Assistenten Alexa, der in den USA der meistverkaufte Sprachassistent ist.

Weiterführende Informationen

- *Machtspielchen* - der Podcast von LobbyControl. "Die Macht der Digitalkonzerne" vom 23.01.2023^[1]
- [Beschluss des Bundeskartellamts zur Feststellung einer überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb vom 5. Juli 2022](#)
- [Macht der Digitalkonzerne](#)
- [Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021](#)
- [Die Maschine Amazon](#)
- [Hat es Amazon auf die Betriebsräte abgesehen?](#)
- [Amazon](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
2. ↑ [lobbylandkartedigitalrechte.de](#), abgerufen am 11.05.2026
3. ↑ ^{3,03,13,2} [Lobbyausgaben EU](#), lobbyfacts.eu vom 26.04.23, abgerufen am 20.05.23
4. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Lobbythemen von amazon.com, 2023](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 19.05.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Amazon wages secret war on Americans' privacy, documents show](#), reuters.com vom 19.11.21, abgerufen am 19.05.23
7. ↑ Alex MacGillis: [Ausgeliefert - Amerika im Griff von Amazon](#), Frankfurt am Main 2021, S. 109
8. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon, the United States Senate](#), zuletzt abgerufen am 02.06.2023
9. ↑ [Client profile Amazon.com](#), opensecrets.org, zuletzt abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ ^{10,010,1} [Amazon steigert Umsatz, aber Gewinn schrumpft](#), handelsblatt.net vom 03.02.2023, abgerufen am 02.06.2023
11. ↑ [Über Amazon laufen 56% der deutschen E-Commerce-Umsätze](#), onlinehändler-news.de vom 04.07.2022, abgerufen am 02.06.2023
12. ↑ [Big Tech, big Lobby](#), lobbycontrol.de vom 23.01.2020, abgerufen am 27.05.2021

13. ↑ [Ein neuer Wettbewerb für die Digitalwirtschaft Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 September 2019](#), [bmwi.de](#), abgerufen am 28.05.2021
14. ↑ [Big Tech: Rekordausgaben für Lobbyarbeit in den USA](#), [lobbycontrol.de](#) vom 27.01. 2021, abgerufen am 28.05.2021
15. ↑ [Amerika knöpft sich seine Tech-Giganten vor](#), [faz.de](#) vom 12.06.2021, abgerufen am 12.06.2021
16. ↑ [Amazon accused of unfair pricing policies by Washington DC](#), [bbc.com](#) vom 25.05.2021, abgerufen am 26.06. 2021
17. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), [hss.de](#) vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
18. ↑ [<https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigng-beim-digital-markets-act-dma/>] Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), [lobbycontrol.de](#) vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
19. ↑ [EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen](#), [bundesregierung.de](#) vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
20. ↑ [Hat Amazon eine „überragende marktübergreifende Bedeutung?“](#), [lto.de](#) vom 28.06.2023
21. ↑ [Amazon ist zu mächtig und muss zerschlagen werden](#), [lobbycontrol.de](#) vom 07.11.2023
22. ↑ [Biden schießt scharf gegen Amazon](#), [tagesschau.de](#) vom 01.04.2021, abgerufen am 28.05.2021
23. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), [deutschlandfunk.de](#) vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
24. ↑ [Rückschlag im Kampf gegen Steuertricks](#), [sueddeutsche.de](#) vom 12.05.2021, abgerufen am 29.05.2021
25. ↑ [Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt](#), [bundesfinanzministerium.de](#) vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
26. ↑ [G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer](#), [faz.de](#) vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
27. ↑ [Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen](#), [consilium.europa.eu](#) vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
28. ↑ [Beschluss des Bundesrates](#), [bundesrat.de](#), abgerufen am 17.12.2023
29. ↑ [Amazon von globaler Mindeststeuer womöglich nur teilweise betroffen](#), [manager-magazin.de](#), abgerufen am 20.05.2023
30. ↑ [Was hinter der globalen Mindeststeuer steckt](#), [deutschlandfunk.de](#), abgerufen am 20.05.2023
31. ↑ [Pressemitteilung. Schlechte Arbeitsbedingungen bei Amazon: Millionenschwere Imagekampagne](#) [lobbycontrol.de](#), vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
32. ↑ [Die Maschine Amazon](#) [correctiv.org](#), vom 23.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
33. ↑ [Schlechte Arbeitsbedingungen: Millionenschwere Imagekampagne von Amazon](#) [lobbycontrol.de](#), vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
34. ↑ [Amazon setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein](#) [rnd.de](#), vom 23.09.2021, abgerufen am 20.11.2021
35. ↑ [Die BigBrotherAwards 2018](#), [BigBrotherAwards](#), abgerufen am 03.05.2018
36. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#) ,[LobbyControl](#), 19. Mai 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
37. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#) ,[LobbyControl](#), 07. Juni 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
38. ↑ [Amazon: lobbying to weaken data privacy rights, refusing lobby transparency](#), [Corporate Europe Observatory](#), zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
39. ↑ [Comparison of Amendments ans Lobby Propsals](#), [LobbyPlag](#), zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
40. ↑ [Bye bye Datenschutz: EU-Parlament kopiert von Amazon, ebay & Co.](#), [Netzpolitik](#) vom 10.02.2013, zuletzt aufgerufen am 07.05.2018

Karsten Wildberger

Karsten Wildberger (*05.09.1969 in Gießen) ist seit 2025 Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Davor war er Vorsitzender der Geschäftsführung der **Media-Saturn-Gruppe** sowie Vizepräsident des **Handelsverband Deutschland** (HDE) und des **Wirtschaftsrat der CDU**. Anfang Mai 2025 ist Wildberger Mitglied der CDU geworden.^[1]

Wildberger hat sein Positionen beim Wirtschaftsrat und dem HDE im Mai 2025 aufgegeben.^[2] Beim Wirtschaftsrat blieb er jedoch Mitglied des Präsidiums.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung	17
2 Karriere	18
3 Lobbyrelevante Aktivitäten	18
3.1 Wirtschaftsrat der CDU	18
3.2 Handelsverband Deutschland	19
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
5 Einzelnachweise	19

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung

Das neu gegründete **Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung** (BMDS) vereint Aufgaben aus mehreren bestehenden Ressorts und ist künftig verantwortlich für:

- Digitalisierung und Modernisierung der Bundesverwaltung, inklusive Einführung einer digitalen Identitäts-Wallet und von Bürgerkonten
- Datenpolitik, Förderung der Datenökonomie und gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz
- Registermodernisierung, IT-Sicherheit und die Entwicklung interoperabler Plattformen für die Verwaltung
- Bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Breitbandnetze, Bürokratierückbau und mehr Wettbewerb
- Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas
- Internationale Digitalpolitik auf EU-, G7- und G20-Ebene im Sinne des Innovationsstandorts Deutschland

Das BMDS erhält ferner die Zuständigkeit für einen Zustimmungsvorbehalt für alle wesentlichen IT-Ausgaben der unmittelbaren Bundesverwaltungen mit Ausnahme des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung und der Sicherheits- und Polizeiaufgaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, des Bundesnachrichtendienstes sowie der Steuerverwaltung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.

Quelle: ^[4]^[5]

Karriere

- 2021 - 05/2025: Vorstandsvorsitzender der CECONOMY AG und Vorsitzender der Geschäftsführung der Media-Saturn-Holding GmbH
- 2021 - 05/2025 Vizepräsident und Mitglied des Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[6]
- bis 05/2025 Kooptierter Vizepräsident des [Handelsverband Deutschland](#) (HDE)^[7]
- 2016 – 2021: Vorstand [E.ON](#)
- 2012 – 2016: Vorstand bei Telstra Group Ltd. (Telekommunikation) in Melbourne
- 2006 – 2011: Vorstand bei Vodafone, Rumänien und Großbritannien
- 2003 – 2006: diverse Führungsfunktionen bei Deutsche Telekom AG
- 1998 – 2003: Unternehmensberater bei Boston Consulting Group
- 2000: MBA an der INSEAD, Fontainebleau
- 1997: Promotion in Physik
- 1995: Studienabschluss als Diplom-Physiker

Quelle: ^[8]^[9]

Lobbyrelevante Aktivitäten

Wirtschaftsrat der CDU

Wildberger war seit 2017 Mitglied in der Lobbyorganisation [Wirtschaftsrat der CDU](#). Seit 2019 gehörte er dem Präsidium an und seit 2017 hatte er bis zu seinem Wechsel von E.ON zur CECONOMY AG Mitte 2021 den Vorsitz der Bundesfachkommission Energiepolitik inne und prägte die energiepolitischen Positionen des Wirtschaftsrates mit.^[10] 2021 wurde Wildberger als Nachfolger von [Friedrich Merz](#) Vizepräsident. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrats kommentierte die Nominierung von Wildberger als Minister wie folgt: „Wir kennen Karsten Wildberger gut, er ist seit 2021 Vizepräsident bei uns, hatte damals die Nachfolge von Friedrich Merz angetreten. Wir sehen ihn persönlich wie fachlich bestens gerüstet, die hohen Erwartungen zu erfüllen, die mit diesem besonderen Amt verbunden sind.“^[11] Einer von fünf Hauptsponsoren des diesjährigen "Wirtschaftstags" des Wirtschaftsrats ist die Gruppe MediaMarkt/Saturn, die Wildberger bis vor kurzem leitete.^[12]

Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesminister trat er als Vizepräsident zurück, nachdem LobbyControl auf mögliche Interessenkonflikte hingewiesen hatte.^[13] Er bleibt dem Präsidium des Wirtschaftsrats jedoch künftig als einfaches Mitglied erhalten.^[14] Das Präsidium entscheidet gemeinsam mit dem Bundesvorstand und der Bundesdelegiertenversammlung über die Grundlinien der Arbeit des Wirtschaftsrates.^[15]

LobbyControl fordert: „Es braucht jetzt eine klare Trennung zwischen Funktionen im Lobbyverband Wirtschaftsrat und Ämtern in der Bundesregierung. Das ist nicht vorgeschrieben, da es sich um Ehrenämter handelt. Doch es gebietet sich, um Interessenkonflikte auszuschließen und klar zwischen politischem Amt und Lobbyverband zu trennen.“^[16]

Handelsverband Deutschland

Wildberger war Vizepräsident des [Handelsverband Deutschland](#) (HDE), der die Interessen des Handels gegenüber der Politik, anderen Wirtschaftsbranchen und der Öffentlichkeit vertritt.^[17] Der HDE nimmt gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag regelmäßig Stellung zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen auf nationaler oder europäischer Ebene, nimmt an Anhörungen und Expertenbefragungen bei den Bundesministerien oder im Deutschen Bundestag teil und führt Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags sowie des Europäischen Parlaments.^[18]

Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesminister trat er als Vizepräsident zurück, nachdem LobbyControl auf mögliche Interessenkonflikte hingewiesen hatte.^{[19][20]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Karsten Wildberger ist jetzt CDU-Mitglied](#), zeit.de vom 09.05.2025
2. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
3. ↑ [Wahlergebnisse vom 12. Mai 2025](#), wirtschaftsrat.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
4. ↑ [Deutschland wird digitaler, schneller und unbürokratischer: Dr. Karsten Wildberger ist erster Digitalminister](#), digitale-verwaltung.de vom 06.05.2025, abgerufen am 25.05.2025
5. ↑ [Organisationserlass des Bundeskanzlers](#), bundesregierung.de vom 06.05.2025, abgerufen am 15.05.2025
6. ↑ [Neuer Vizepräsident: Dr. Karsten Wildberger, CEO der CECONOMY AG](#), wirtschaftsrat.de vom 24.11.2021, abgerufen am 04.05.2025
7. ↑ [Vorstand](#), einzelhandel.de, abgerufen am 04.05.2025
8. ↑ [Unser Team für Deutschland](#), cdu.de, abgerufen am 24.05.2025
9. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
10. ↑ [Neuer Vizepräsident: Dr. Karsten Wildberger, CEO der CECONOMY AG](#), wirtschaftsrat.de vom 24.11.2021, abgerufen am 04.05.2025
11. ↑ [Wirtschaftsrat-Vizepräsident Dr. Karsten Wildberger wird neuer Digitalminister](#), wirtschaftsrat.de vom 29.04.2025, abgerufen am 24.05.2025
12. ↑ [LobbyControl: Wildberger muss sein Lobbyamt bei Wirtschaftsrat aufgeben!](#), lobbycontrol.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
13. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
14. ↑ [Wahlergebnisse vom 12. Mai 2025](#), wirtschaftsrat.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
15. ↑ [Präsidium](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 26.05.2025
16. ↑ [LobbyControl: Wildberger muss sein Lobbyamt bei Wirtschaftsrat aufgeben!](#), lobbycontrol.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de vom 01.04.2025, abgerufen am 26.05.2025
18. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de vom 01.04.2025, abgerufen am 26.05.2025
19. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025

20. ↑ [Unions-Regierungspersonal: LobbyControl warnt vor Interessenkonflikten](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2025, abgerufen am 24.05.2025

Marie-Luise Dött

Marie-Luise Dött (* 20. April 1953 in Nordhorn), Vorstandsmitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), war bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Stellv. Vorsitzende im Parlamentskreis Mittelstand und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Darüber hinaus war sie Co-Vorsitzende der Kommission "Energie/Umwelt" der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) und Ständiger Gast in deren Bundesvorstand.^[1] Dött war Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	20
2 Wirken	20
2.1 2010: Klimaskeptikerin	20
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
4 Einzelnachweise	21

Karriere

- 2001 - 2017 Vorsitzende des [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU)
- Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998-2021 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1997 - 1999 Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW
- 1995-2021 Bundesvorstandsmitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (heutige Bezeichnung: [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#))

Quelle: ^[2]

Wirken

2010: Klimaskeptikerin

Frau Dött bezweifelt, dass die globale Erwärmung menschengemacht ist und stellt die Frage, wie man die Politik wieder auf einen anderen Kurs bekomme, weg vom Klimaschutz und den immer neuen Lasten für die Wirtschaft. Über die Veranstaltung der FDP-Fraktion zum Klimaschutz unter Beteiligung des US-Klimawandelleugners Fred Singer, auf der auch Frau Dött ihre Position erläuterte, berichtete die Financial Times vom 16. September 2010 wie folgt:

Einen Temperaturanstieg, da ist sich die Runde einig, gibt es, aber der Mensch trägt daran kaum eine Schuld. CO2 sei schon immer in der Luft gewesen, und auch das Klima habe sich stets gewandelt. Mal war es eben kälter, und dann wieder wärmer. Da sei doch nichts dabei. "Die Mehrheit der Menschen ist einfach beeinflussbar und leicht händelbar", erklärt Dött. All das, was Merkel und Norbert Röttgen

täglich hochhalten, sei eine "Ersatzreligion". Die aber, die es wagten, daran zu zweifeln, "können geächtet werden, die müssen eventuell auch beichten, die müssen dann ins Fegefeuer oder kommen sogar in die Hölle, wenn sie ganz schlimm sind". Von freier Wissenschaft könne keine Rede mehr sein, Deutschland gehe mehr und mehr einen Sonderweg. "Mir macht es Spaß, hier innerhalb der FDP zu sein", bekennt sie sich.^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bundesvorstand](#), mit-bund.de, abgerufen am 10.05.2021
2. ↑ [Profil](#), bundestag.de, abgerufen am 23.02.2021
3. ↑ [Timo Pache: Umweltpolitik in Deutschland Die Klima-Revisionisten](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Bundesvereinigung der Deutschen**

Arbeitgeberverbände (BDA) ist eine mächtige

Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

**Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)**



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der
reich deutschen Arbeitgeber

Gründungsdatum <text>
atum

**Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)**

Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	22
1.1 Verbindungen/ Netzwerke	22
1.2 Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	22
1.3 Wettbewerb Starke Schule	22
1.4 Walter-Raymond-Stiftung	23
2 Fallstudien und Kritik	23
2.1 2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	23
2.2 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	25
3 Organisationsstruktur und Personal	25
3.1 Mitgliedsverbände	25
3.2 Hauptgeschäftsführung	26
3.3 Präsidium	27
3.4 Vorstand	28
4 Finanzen	29
5 Kurzdarstellung und Geschichte	29
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
7 Einzelnachweise	30

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [Businesseurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[5] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten - und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum^[6] zeigt detailliert, dass die BDA „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12. Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten [Ingo Kramer](#) und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger [Rainer Dulger](#). Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, [Steffen Kampeter](#) zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer **Kampeter** war häufig an den Gesprächen mit **Merkel** und **Altmaier** beteiligt. **Kampeter** war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link).^[6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der **Seitenwechsler** und CSU-Politiker **Hans Michelbach**, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen.^[7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU findet sich [hier](#).

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem **BDI**, dem **HDE** und dem **DIHK** forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte.^[4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals.^[6] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[9]

• **Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „*machbar*“ und „*angemessen*“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „*Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outgesourced werden [könne]*“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, „*dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.*“

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben.^[10] Dem Bericht „*Inside Job*“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen,

jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolge. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert.^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlags (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch „*Schwachstellen und Schlupflöcher*“, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022).^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten.^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#)).^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer) seit 07/2016

- **CDU**, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im **Bundesfinanzministerium**

Peter Clever

- **Bundesagentur für Arbeit**, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: [\[18\]](#)

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH • Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident • Gesamtmetall, Vizepräsident • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied • Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none"> • BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post AG](#)), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW AG](#)), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW AG](#)), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens AG](#)), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank AG](#)), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler AG](#)) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom AG](#)), Andreas Schmieg (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG AG](#)), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann Ehrenpräsident • ehem. Vorstandsvorsitzender [Sauer-Danfoss Inc.](#)

Dieter Hundt Ehrenpräsident • Aufsichtsratsvorsitzender [Allgaier Werke GmbH](#)
• [BusinessEurope](#), Vizepräsident
• [Landesbank Baden-Württemberg](#), Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: ^[19]

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. ^[20]

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer • [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), Präsident

Marie-Luise Dött • [CDU](#), Mitglied des Bundestages
• [Bund Katholischer Unternehmer \(BKU\)](#), Vorsitzende
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin

Rainer Dulger • [Gesamtmetall](#), Präsident

Ernst Fischer • [Deutscher Hotel- und Gaststättenverband \(DEHOGA\)](#), Präsident

Alfred Gaffal • [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#), Präsident

- Rüdiger Grube
 - [Deutsche Bahn AG](#), Vorstandsvorsitzender
- Otto Kentzler
 - [Zentralverband des Deutschen Handwerks \(ZDH\)](#), Präsident
- Arndt G. Kirchhoff
 - [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), Präsident
- Ingo Kramer
 - BDA Präsident
- Peter Kurth
 - [Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft \(BDE\)](#), Präsident
- Kurt J. Lauk
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#), Präsident
- Arend Oetker
 - Geschäftsführender Gesellschafter [Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG](#)
- Walther Otreмба
 - [Bundesverband Briefdienste](#), Vorsitzender
 - ehem. Beamteter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Botschafter
- Randolf Rodenstock
 - Geschäftsführender Gesellschafter [Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#)

(Stand: November 2013) Quelle: ^[21]

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament.^[22]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt.^[23] Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet.^[24] Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur, Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
- ↑ ^{2,02,1} Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
- ↑ ^{4,04,1} Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{5,05,1} Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ ^{6,06,16,2} Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Pressestatement vom 11.06.2021 lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“ taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{10,010,1} Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften correctiv.org vom 22.02.2022
- ↑ ^{11,011,1} Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss [RSB] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. von [business & human rights resource center](#) business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
- ↑ Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency europa.eu](#), n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung."](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

EuroCommerce

EuroCommerce vertritt die Interessen von Einzel- und Großhändlern auf europäischer Ebene. Die Organisation umfasst nationale Verbände aus 31 Ländern sowie 5,4 Mio. Unternehmen - darunter führende multinationale Einzelhändler, wie Lidl, Metro Group oder Tesco, aber auch viele kleinere und mittlere Unternehmen. 2015 hat EuroCommerce ca. 450.000EUR für Lobbyarbeit in Brüssel aufgebracht.^[1]

EuroCommerce



Rechtsform	A.I.S.B.L.
Tätigkeitsbereich	Gewerbe- und Wirtschaftsverband
Gründungsdatum	1993
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	eurocommerce.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	32
--	----

2 Ausgaben für Lobbyarbeit	32
3 Fallbeispiele und Kritik	32
3.1 EuroCommerce und TTIP	32
3.2 Seitenwechsel von Neil McMillan: Von der britischen Regierung zu EuroCommerce	33
4 Weiterführende Informationen	33
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
6 Einzelnachweise	33

Lobbystrategien und Einfluss

EuroCommerce betreibt Lobbyarbeit über Kontakte zu den Institutionen der EU; sie sind Mitglied in diversen beratenden Ausschüssen der Kommission und in den interfraktionellen Arbeitsgruppen SME intergroup (*small and medium-sized enterprises*) sowie der [Kangaroo Group](#). Besonders die Kangaroo Group ist in der Vergangenheit durch ihre einseitige Konzernnähe aufgefallen.

EuroCommerce hat im [EU Transparenzregister](#) 14 Lobbyisten eintragen lassen, welche über Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) verfügen.^[2] Insgesamt hat der Verband ein Team von 20 Politikberatern und Kommunikationsspezialisten im Büro in Brüssel.

Da der Groß- und Außenhandel der zweitgrößte Arbeitgeber in Europa ist, der jeden siebten Arbeitsplatz generiert und 13% der europäischen Arbeitskraft ausmacht, umfasst EuroCommerce vielseitige Interessen und hat einen großen Einflussbereich.^[3] Die Interessen reichen von Handel, Wettbewerb, Steuern und Energie über Beschäftigung, Ernährungssicherheit, öffentliche Gesundheit und Umweltaspekte.^[4]

Alleine in den letzten zwei Jahren, von 12/2014 bis 12/2016, ist EuroCommerce mit 10 Treffen der häufigste Gast im EU Kabinett für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU.^[5]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Schätzungen des EU-Transparenzregisters zufolge, lagen die Kosten für ihre Lobbyarbeit bei 400.000EUR bis 499.999EUR im Geschäftsjahr 1/2015 – 12/2015. Im gleichen Geschäftsjahr erhielt EuroCommerce von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration Zuschüsse in Höhe von 29.614.943EUR.^[6] Auf die direkte Nachfrage von [LobbyControl](#), welchen Verwendungszweck die Zuschüsse verfolgten, meldete sich EuroCommerce nicht zurück.

Fallbeispiele und Kritik

EuroCommerce und TTIP

EuroCommerce hat ein großes Interesse an dem Freihandelsabkommen zwischen der USA und Europa und trägt einen aktiven Teil zu der politischen Diskussion diesbezüglich bei. In einem Positionspapier von 2014 „TTIP: A Good Deal for Europe“ betont der Verband den großen Nutzen von [TTIP](#) für den Groß- und Einzelhandel.^[7] Unter dieser Überschrift hat auch Harald Past, Berater für Handel und Steuern bei EuroCommerce, auf einem Stakeholder Event der Europäischen Kommission im Juli 2014 die Interessen des

Verbands vertreten.^[8] Einer der wichtigsten Aspekte und gleichzeitig ein starkes politisches Argument ist der vermeintliche Wachstumseffekt durch TTIP und der damit einhergehende Anstieg an Arbeitsplätzen. EuroCommerce spricht sich für eine Harmonisierung der Zertifizierung und der regulatorischen Prozesse aus, sodass die dadurch entstehenden nichttarifären Handelshemmnisse in Form von Koordination und Bürokratie abgebaut werden. Außerdem befürwortet der Verband die Regelung eines intensiveren grenzüberschreitenden Datenaustauschs über TTIP.^[9]

Zur Unterstützung der Verhandlungen von TTIP arbeitet EuroCommerce eng mit anderen großen Verbänden wie [BusinessEurope](#) oder [Eurochambres](#) zusammen.^[10]

Seitenwechsel von Neil McMillan: Von der britischen Regierung zu EuroCommerce

In einem Beitrag von Corporate Europe Observatory wurden verschiedene Seitenwechsler unter den TTIP-Lobbyisten vorgestellt, unter ihnen auch Neil McMillan, heute Direktor bei EuroCommerce für die Abteilung *Advocacy and Public Affairs*.^[11]

McMillan hatte verschiedene Rollen innerhalb der britischen Regierung inne, unter anderem als Direktor für EU interne Handelspolitik und als EU Direktor für die Handelsabteilung der britischen Regierung. Seine letzte offizielle Position war die des Direktors für europäische und globale Fragen. Hier bestand eine der Aufgaben darin, den Premierminister über die globalen und europäischen wirtschaftlichen Belange zu beraten.

2008 hat McMillan die britische Regierung verlassen und hat seit dem verschiedene Rollen übernommen, darunter die eines Beraters für EU Politik in der Lobby-Agentur [Brunswick Group](#), als [RWE](#)-Chef für politische Zusammenarbeit und Strategie und auch die Arbeit in seiner eigenen Beratungsfirma, Neil McMillan Consult. Seit Februar 2015 arbeitet McMillan für EuroCommerce und ist als Lobbyist in das EU-Transparenzregister eingetragen. In einem Interview mit CEO antwortet McMillan auf die Frage, ob es Überschneidungen zwischen seiner Arbeit bei EuroCommerce und seinen Tätigkeiten in der britischen Regierung gäbe: „None – none of my 13 jobs in the civil service dealt with the retail or wholesale sector“.^[12]

Weiterführende Informationen

- EuroCommerce im [Lobbyregister der EU](#)
- EuroCommerce bei [LobbyFacts](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Lobbyfacts: EuroCommerce](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 26.1.2017
2. ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 26.1.2017
3. ↑ [Said Business School. Retail and Wholesale: key sectors for the European economy. University of Oxford](#), independentretailleurope.eu, abgerufen am 26.1.2017

4. ↑ [EuroCommerce: Policy Areas](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 26.1.2017
5. ↑ [Analyse von LobbyControl](#)
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 26.1.2017
7. ↑ [EuroCommerce: TTIP: A Good Deal for Europe](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 26.1.2017
8. ↑ [EU Kommission: Transatlantic Trade & Investment Partnership Stakeholder Presentation Event](#), europa.eu, abgerufen am 27.1.2017
9. ↑ [EuroCommerce: TTIP: A Good Deal for Europe](#), eurocommerce.eu, abgerufen am 27.1.2017
10. ↑ [BusinessEurope: Joint Statement – Business groups express their continued support for TTIP negotiations](#), businesseurope.eu, abgerufen am 27.1.2017
11. ↑ [Corporate Europe Observatory: The revolving door - greasing the wheels of the TTIP lobby](#), corporateeurope.org, abgerufen am 27.1.2017
12. ↑ [Corporate Europe Observatory: Interview mit Neil McMillan](#), corporateeurope.org, abgerufen am 27.1.2017

Institut der deutschen Wirtschaft

Das **Institut der deutsche Wirtschaft Köln e.V. (IW)** ist ein privates, unternehmensnahes Wirtschaftsforschungsinstitut, das Analysen und Stellungnahmen zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitet. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#). Die Mitglieder des Vereins sind [hier](#) abrufbar. Über die Tochtergesellschaft [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und andere ihr nahestehende Organisationen entwickelt das IW PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber.

Institut der deutschen Wirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Wirtschaftsforschung
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50459 Köln
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 19 A-D, B-1000 Brüssel
Webadresse	www.iwkoeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	35
1.1 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	35
1.2 Roman Herzog Institut	35
1.3 Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT	35
2 Fallstudien und Kritik	35
2.1 Lobbyisten in Ministerien	35
3 Organisationsstruktur und Personal	36
3.1 Präsident und Direktor	36
3.2 Präsidium und Vorstand	36
3.3 Tochtergesellschaften	36
3.3.1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH	36
3.3.2 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)	36
3.3.3 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)	36
4 Finanzen	37
5 Kurzdarstellung und Geschichte	37

6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
7 Einzelnachweise	38

Lobbystrategien und Einfluss

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist an den folgenden PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber beteiligt:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist eine Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft^[1], die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gegründet worden ist. Sie wird von Gesamtmetall auch finanziert. Die INSM ist eine PR-Initiative, die für marktliberale Reformen wirbt. Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, dessen Vorsitzender, Stefan Wolf, Präsident von [Gesamtmetall](#) ist. Die Kuratoren und Botschafter sind zu einem großen Teil auch Mitglieder von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, der CDU und FDP sowie dieser nahestehenden Organisationen.

Roman Herzog Institut

Träger des [Roman Herzog Institut](#) sind die [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) und die Arbeitgeberverbände der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. Das Institut der deutschen Wirtschaft liefert dem Roman Herzog Institut die wissenschaftlichen Expertisen.

Mitglieder des Vorstands sind u. a.:

- Ehrenvorsitzender: Roman Herzog, Bundespräsident a.D. (†10.01.2017)
- Vorsitzender: [Randolf Rodenstock](#), Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co.KG , Vizepräsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT

Die vom Institut der deutschen Wirtschaft und und der [Bundesvereinigung](#) (BDA) getragene [Bundesarbeitsgemeinschaft](#) hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern und Lehrer der verschiedenen Fachrichtungen fortzubilden. Auf Landesebene wird das Netzwerk von Dachverbänden und Bildungswerken der Arbeitgeber in Partnerschaft mit Ministerien getragen. In das Verständnis der Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems, das gefördert werden soll, fließen die Bewertungen der Arbeitgeber mit ein.

Fallstudien und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ende 2010 entsendete das IW einen Senior Economist ins Auswärtige Amt.

[im Auswärtigen Amt](#)

Zeitraum	02.09.2010- 17.12.2010, Erstattung der Kosten des IW durch das AA ^[2]
Mitarbeiter	Senior Economist
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Planungsstab des AA zum Thema Wissenstransfer und Ausarbeitungen zu Außenwirtschafts- und Finanzpolitik

Organisationsstruktur und Personal

Das Institut beschäftigt rund 80 WissenschaftlerInnen.

Präsident und Direktor

Präsident: Arndt Günter Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Automotive Holding GmbH & Co. KG und u.a. Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und Mitglied des Präsidiums des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Direktor: [Michael Hüther](#). Der Direktor des Instituts ist kraft Amtes Mitglied des [Präsidiums](#) des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)

Quelle: ^[3]

Präsidium und Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Tochtergesellschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH

Das Institut hat sich auf die Ansprache junger Zielgruppen spezialisiert Dazu gehören. Schülerprojekte und Informationen über die Möglichkeiten der beruflichen Selbstständigkeit.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)

Die IW Consult GmbH ist als Beratungsdienstleister tätig, der strategische Lösungen für Unternehmen, Regionen, Verbände, Ministerien und Stiftungen entwickelt. Die Bereiche Research, Empirie und eBusiness führen Forschungs- und Auftragsprojekte durch. Zudem fungiert die IW Consult GmbH als Geschäftsstelle der eCI@ss e.V. Sie richtet ihre Angebote an Unternehmen, Verbände, Ministerien und Stiftungen. Für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) erstellt sie Reformbarometer, Rankings, Monitore und den Deutschland-Check.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)

Die IW Medien begleitet Partner und Kunden aus Wirtschaft und Verbänden bei deren öffentlichen Auftritten mit ihrer Medien- und Zielgruppenkompetenz. Weiterhin bietet sie mit eigenen Medienplattformen wie dem Informationsdienst iwd oder der Wirtschaftszeitung AKTIV Zugänge zu wichtigen Entscheidern und zu einem

Millionenpublikum. Die Zeitung AKTIV soll Arbeitnehmern wirtschaftliche Zusammenhänge aus der Sicht der Arbeitgeber nahebringen. Darüber hinaus kommuniziert die IW Medien unter dem Motto „Werben für die Marktwirtschaft“ die Forschungsergebnisse des IW zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen gezielt an wichtige Multiplikatoren. In diesem Zusammenhang werden Lehrern für das Unterrichtsfach Wirtschaft Bücher und Broschüren angeboten, die die Wirtschaft erklären. Die IW Medien veröffentlicht zudem alle Schriften und Publikationsreihen des Instituts

Tochtergesellschaften der IW Medien sind die Kölner Universitätsverlag GmbH (KUV) und die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), die vom Arbeitgeberverband [Gesamtmetall](#) finanziert wird.^[4]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut (DI) gegründete IW wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln versteht sich als Think-Tank und Service-Einrichtung für seine Mitglieder und Kunden über das gesamte Spektrum von Wissenschaft, Bildung, Beratung und Kommunikation. Forschungsergebnisse sollen direkt in praktische Projekte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Im Zentrum der Tätigkeit steht das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das die wissenschaftlichen Ergebnisse produziert, die Fakten recherchiert und die Informationen aufbereitet, mit denen das IW in der Öffentlichkeit präsent ist. Im Institut entstehen die grundsätzlichen Konzepte und Argumentationslinien, die dann in publizistische Produkte umgesetzt und vermarktet werden. Dies ist Aufgabe der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH), die wissenschaftliche Beratungs- und Dienstleistungen erbringt, sowie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien GmbH), in der die publizistischen Aktivitäten und das PR-Angebot gebündelt sind. Als Impuls für die wissenschaftliche Forschung wird das Eintreten für freies Unternehmertum, Wettbewerb und offene Märkte angegeben.

1990 ist das Berliner Büro (Hauptstadtbüro) eröffnet worden, das als Repräsentanz in der Bundeshauptstadt dient. Das Hauptstadtbüro sichert die Verbindung des Instituts mit den Schaltstellen der Bundespolitik zusätzlich ab. Die Mitarbeiter fungieren vor Ort als Ansprechpartner für Politiker, Verbandsvertreter und Journalisten, und sie vertreten die Position des IW Köln in der wirtschaftspolitischen Debatte in Berlin. Zweimal im Jahr finden zudem die "Berliner Gespräche" statt, die sich vorrangig an Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter von Ministerien, Fraktionen, Landesvertretungen und Verbänden richten. Außerdem organisiert das IW Köln regelmäßige wirtschaftspolitische Gesprächsrunden für junge Abgeordnete, den "Wirtschaftspolitischen Club"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Die "INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH" ist eine Tochter der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019
- ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
- ↑ [Personen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 04.03.2023
- ↑ Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, [Sigmar Gabriel](#), auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der [TUI AG](#), [Michael Frenzel](#), sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Wirtschaftsforum der SPD

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft und SPD-Politiker sich austauschen und zusammenwirken

Gründungsdatum Februar 2015

Hauptbüro Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Lobbybüro EU

Webadresse spd-wirtschaftsforum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	39
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	39
2.1 Mitglieder	39
2.2 Präsidium	40
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	41
2.4 Politischer Beirat	41
2.5 Fachforen	41
3 Fallbeispiele und Kritik	42
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	42
4 Weiterführende Informationen	42

5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
6 Einzelnachweise	42

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der [Satzung](#) stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordination der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer. ^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein. ^[6]
Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)

- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)
- [Philip Morris](#)

Präsidium

[Ines Zenke](#) (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei [Becker Büttner Held](#) (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin
- [Bundesverband der Wirtschaftskanzleien](#), Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehem. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

[Heiko Kretschmer](#) (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung [Johanssen + Kretschmer](#), Gründer und Managing Partner
- [Deutsche Gesellschaft für Politikberatung](#), Ethikbeauftragter und Schatzmeister

[Susanne Knorre](#) (Vizepräsidentin) ^[10]

- [RÜTGERS Germany GmbH](#), [STEAG GmbH](#), [NordLB](#), [Salzgitter AG](#), [Deutsche Bahn](#), Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

[Matthias Machnig](#) (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei [InnoEnergy](#) und [Macquarie](#) ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

[Philipp Schlüter](#) (Vizepräsident) ^[12]

- [TRIMET Aluminium SE](#), Vorstandsvorsitzender
- [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#), Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- [Aluminium Deutschland EV.](#), Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung [European Aluminium](#), Vice-Chairman des Executive Committee

[Michael Wiener](#) (Vizepräsident) ^[13]

- [Duales System Holding GmbH & Co. KG](#) (DSD), Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe [Der Grüne Punkt](#), CEO
- [kunststoffland NRW e.V.](#), Vorstand

- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V.** (AGVU), Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: **Oliver Burkhard**, **Sabina Jeschke**, **Heinz Kreuter** und **Hiltrud Dorothea Werner**. Die Ehrenpräsidentschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, **Michael Frenzel**.

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist **Barbara Loth**, Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist **Boris von Chlebowski**, Mitglied der **Accenture**-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist **Ines Zenke** (s.o.) und Leiter ist **Christian Heine**, Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind **Peter Gassmann**, Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& (**PwC**) und **Peter Güllmann**, Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist **Christian Clarus**, Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist **Stefan Giffeler**, Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der **Schwarz Gruppe** ^[22]

Kommunales: Leiter ist **Alexander Götz**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim **Verband kommunaler Unternehmen (VKU)** ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist **Heiko Kretschmer** (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist **Thomas Schwarz**, Leiter für Government Affairs bei **Audi AG**, wo er u. a. von 2010 bis 2013 den **Verband der Automobilindustrie (VDA)** in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, [Harald Christ](#), organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der [SPD](#) in NRW, [Michael Groschek](#), traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfelddorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien | LobbyControl](#)
- Video über die [Aufaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022

4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) www.accenture.com, abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad - Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE](#) www.arbeit-umwelt.de, abgerufen am 27.07.2022
27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) www.stern.de, vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

**Gesellschaft zum Studium
strukturpolitischer Fragen**

Strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein **Netzwerkverein**, der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung - insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen - zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler **Friedrich Merz**, Staatsminister **Michael Meister** sowie **Thomas Bareiß**, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem.

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu Parlamentariern und Parlamentarischen Staatssekretären zur Einflussnahme auf Gesetzesvorhaben

Gründungsjahr 1959

Hauptsitz Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

Lobbybüros o Lobb
ybür
o EU

Webadresse www.strukturgesellschaft.de

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	45
2 Mangelnde Transparenz	46
3 Organisationsstruktur und Personal	47
3.1 Vorstand	47
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	48
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	48
3.4 Mitglieder	49
4 Weiterführende Informationen	50
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
6 Einzelnachweise	50

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf , SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FD P	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter](#) • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#) • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter
ed

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\)](#) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht\)](#)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse \(BVTE\)](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft \(ehemals Zukunft Gas\)](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Post](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [Google](#)
 - [Shein](#)
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Daniel Föst](#), FDP
 - [Anja Karliczek](#), CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - [Anja Käfer-Rohrbach](#), [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger](#): Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht eingetragener Verein
sform

Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

reich	gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ	1963
ungsd	
atum	
Haupt	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz	10117 Berlin
Lobby	
büro	
Lobby	
büro	
EU	
Weba	www.wirtschaftsrat.de
dresse	

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	52
2 Aktivitäten	52
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	53
4 Geschichte	53
5 Fallstudien und Kritik	54
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	54
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	55
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	56
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	56
6 Finanzen	57
7 Zitate	57
8 Organisationsstruktur und Personal	57
9 Mitglieder	65
10 Die Landesverbände	65
11 Netzwerke	66
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	66
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	66
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
13 Einzelnachweise	67

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwigs Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession“), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktllosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> • SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer

Name	Tätigkeit
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke Petra	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

Innovationsforum

Internationaler Kreis

Digitale Transformation

Künstliche Intelligenz und
Wertschöpfung 4.0

Plattformökonomie

Steuern

Umwelt- und Klimapolitik

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0

Vorsitz

Justenhoven

Jürgen
Geißinger

Florian Roth

Christian Korff

Albrecht von
Sonntag

Ulrich
Ackermann

Detlev Wösten

Werner Kook

Unternehmen

PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des
Aufsichtsrates

SAP SE, CIO & CDO

Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung

idealo internet GmbH, Beirat

KPMG AG, Vorstand Tax

H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer

Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026) ^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe

Energie für
Mobilität

Digital Finance

Digitale
Infrastruktur

Krankenhaus

Medienwirtschafts
politik

Pflege

Private

Vorsitz

Gero Schulze

Karl Matthäus
Schmidt

Valentina
Daiber

Michael
Dieckmann

Markus
Breitenecker

Thomas
Eisenreich

Unternehmen

Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer

Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate
Affairs

AMEOS Gruppe, CDO

ProSiebenSat1 Media SE, COO

Home Instead GmbH, Geschäftsführer

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch - Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexan	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Mitglieder	Akademische Position
der Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65] • "The Pioneer", Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission

Mitglieder	Akademische Position
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAl), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtemöller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre^[71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Kooths [70]	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn [72]	<ul style="list-style-type: none"> • Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow^[73]
Jürgen Kühling	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan Kolev ^[74]	<ul style="list-style-type: none"> • Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrats-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), [mpisoc.de](#), abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), [zeppeelin-university.com](#), abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), [achgut.com](#), abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), [ey.com](#), abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), [helmholtz.de](#), abgerufen am 20.03.2026
65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), [dpag.org](#), abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), [deutschlandfunk.de](#) vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweiser Veronika Grimm](#), [deutsches-stiftungszentrum.de](#), abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), [hayek-stiftung.de](#) vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), [hayek.de](#), abgerufen am 19.03.2026
70. ↑ [Curriculum Vitae](#), [kooths.de](#), abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), [businessschool.de](#), abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), [stefan-kolev.de](#), abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

Hauptsitz

Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

BDI/BDA The German Business

Büro EU Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	71
1.1 Allgemeines	71
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	71
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	72
1.4 Public Private Partnership (PPP)	72
2 Fallstudien und Kritik	73
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	73
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	74
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	74
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	76
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	76
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	76
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	76
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	77
2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	77

2.10 Lobbyisten in Ministerien	77
2.11 Bundesbeamte beim BDI	79
2.12 Seitenwechsel	79
3 Organisationsstruktur und Personal	79
3.1 Das Präsidium	79
3.2 Der Vorstand	79
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	79
3.4 Mitgliedsverbände	80
3.5 Landesvertretungen	80
4 Geschichte	80
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	81
6 Einzelnachweise	81

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher

Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmerversprache (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern \(IFST\)](#). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut \(EWI\)](#)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut \(EWI\)](#)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership \(PPP\)](#)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an größtenteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[15] Ein zentraler Punkt für die

Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipmentskontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen. ^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen. ^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht ^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert. ^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“ ^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. ^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ ^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt. ^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“.^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt.

Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im [Bundесwirtschaftsministerium](#), [Stefan Kapferer](#), auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]

Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 - 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
Bearbeitete Themen	

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion	Name
Hauptgeschäftsführer	Tanja Gönne Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für

rin (CDU) Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Stellv.

Hauptges Holger

chäftsführ Lösch

er

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmervverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmervverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[55]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«. ^[56] Es gab schon mehrfach Bestrebungen,

den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[57] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[58]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
- ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024

22. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
23. ↑ [Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren](#)
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung - Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" - Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"](#)
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf schriftliche Fragen \(Nr. 1, 8, 11, 28\) von Gesine Löttsch \(Die LINKE\) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011](#)
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf schriftliche Fragen \(Nr. 1, 8, 11, 28\) von Gesine Löttsch \(Die LINKE\) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011](#)

44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012](#)
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012](#)
47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011](#)
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011](#)
49. ↑ [Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011](#)
50. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen. Letzter Zugriff: 25.04.2012](#)
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011](#)
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011](#)
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
56. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
57. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
58. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung."](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Weiterleitung nach:

- [Deutsche Industrie- und Handelskammer](#)